

# Landtag

29. Sitzung vom 30. Juni 1982

## Sitzungsprotokoll

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender: Erster Präsident P f o c h.

Schriftführer: Die Abg Friederike Seidl, Rosenberger, Ascherl und Margarete Tischler sowie die Abg Dkfm Dr Sigrun Schlick, Prochaska und Ing Kreiner.

Präsident Pfoch eröffnet die Sitzung.

1. Landeshauptmann Gratz sowie die Abg Daller, Rosa Heinz, Lustig und Gertraud Marchfeld sind entschuldigt.

2. Präsident Pfoch teilt mit, daß ihm vom Vorsitzenden der Volksanwaltschaft der „2. und 3. Bericht an den Wiener Landtag“, der über die Tätigkeit der Volksanwaltschaft im Zeitraum vom 1. Juli 1979 bis 30. Juni 1980 und vom 1. Juli 1980 bis 30. Juni 1981 in bezug auf die Verwaltung des Landes Wien Aufschluß geben soll, übermittelt wurde, und weist diesen Bericht dem Ausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten zu.

3. In der Fragestunde werden von Präsident Pfoch die folgenden Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 917/LM/82) des Abg Fürst an den Landeshauptmann (beantwortet in Vertretung durch LhptmSt Gertrude Fröhlich-Sandner):

Ist in nächster Zeit mit einem Gesetz zur Besteuerung von Plastikflaschen und Aluminiumdosen in Wien zu rechnen, wie dies von Ihnen kürzlich angeregt wurde?

2. Anfrage (PrZ 921/LM/82) des Abg Dr Hirschall an den Landeshauptmann (beantwortet in Vertretung durch LhptmSt Gertrude Fröhlich-Sandner):

Welche Schritte werden Sie unternehmen, um zu verhindern, daß der Naherholungsraum der Wiener in den Umlandgemeinden durch schwere Eingriffe, wie beispielsweise die Anlage einer Mülldeponie der Stadt Klosterneuburg im Wienerwald, beeinträchtigt wird?

3. Anfrage (PrZ 925/LM/82) wurde zurückgezogen.

4. Anfrage (PrZ 918/LM/82) des Abg Dr Goller an den Landeshauptmann (beantwortet in Vertretung durch LhptmSt Gertrude Fröhlich-Sandner):

Warum haben Sie bisher noch nicht veranlaßt, daß das Wiener Unvereinbarkeitsgesetz auf Grund der Neufassung des Unvereinbarkeitsgesetzes auf Bundesebene durch die Novelle BGBl Nr 545/1980 entsprechend adaptiert und novelliert wird?

5. Anfrage (PrZ 928/LM/82) des Abg Ing Svoboda an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur und Bürgerdienst:

Wann ist mit der Vorlage des Entwurfs einer Novelle zum Wiener Veranstaltungsgesetz zu rechnen?

6. Anfrage (PrZ 929/LM/82) des Abg Holub an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit:

Welche Maßnahmen auf dem Gebiet des Umweltschutzes können Sie ergreifen, um die für

das Bundesland Wien zu erwartenden schädlichen Auswirkungen des Kohlekraftwerks Tullnerfeld bei dessen Inbetriebnahme auszuschließen?

7. Anfrage (PrZ 919/LM/82) des Abg Mag Kauer an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit:

Was werden Sie unternehmen – unter anderem auch durch entsprechende landesgesetzliche Maßnahmen –, damit die Interessen des Umweltschutzes in Wien in Zukunft noch stärker als bisher berücksichtigt werden?

8. Anfrage (PrZ 923/LM/82) des Abg Kuchar an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie:

Wie viele 6-Tage-Volksschulen wird es im kommenden Schuljahr in den einzelnen Wiener Bezirken geben?

9. Anfrage (PrZ 927/LM/82) des Abg Windhab an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen über den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds?

10. Anfrage (PrZ 933/LM/82) von Abg Christine Schirmer an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Straße, Verkehr und Energie:

Welche Entscheidungen wurden seitens der Bundesstellen bezüglich der Übernahme der sogenannten „Nordbergbrücke“ in das Bundesstraßennetz getroffen?

11. Anfrage (PrZ 920/LM/82) des Abg Dkfm Ammann an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Straße, Verkehr und Energie:

Wann ist nunmehr mit dem Abschluß der Verhandlungen betreffend einer Neuordnung des Bundesstraßennetzes in Wien im Zuge einer Novelle des Bundesstraßengesetzes 1971 zu rechnen?

12. Anfrage (PrZ 932/LM/82) wurde zurückgezogen.

13. Anfrage (PrZ 934/LM/82) des Abg Fürst an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit:

Wie vereinbart sich die Lärmbelästigung sowie die Luft- und Wasserverunreinigung durch den Betrieb von Motorbooten mit Außenbordmotoren im Erholungsgebiet der Alten Donau sowie im Entlastungsgerinne der Neuen Donau mit den Interessen des Umweltschutzes in Wien?

4. (PrZ 793/LA) Präsident Pfoch teilt mit, daß die Abg Edlinger, Mayrhofer, Dipl Vw Karoline Pluskal, Margarete Tischler, Ing Svoboda und Outolny gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Schaffung eines verfassungsgesetzlichen Schutzes für den Wald-und-Wiesen-Gürtel, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Ausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten zu.

(PrZ 794/LA.) Präsident Pfoch teilt mit, daß die Abg Dr Petrik und Maria Hampel-Fuchs einen Antrag, betreffend Teilzeitbeschäftigung

für pragmatisierte Lehrer, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Landeshauptmann zu.

Präsident Pfoch nimmt eine Umstellung der Tagesordnung vor und macht folgende Mitteilung: „Bundesrat Dr Anna Demuth hat mit Schreiben vom 14. Juni 1982 ihr Mandat als Mitglied des Bundesrats mit 30. Juni 1982 und Abg Dipl Vw Karoline Pluskal ihr Mandat als Ersatzmitglied des Bundesrats mit 30. Juni 1982 zurückgelegt, womit die dritte Stelle der vom Wiener Landtag zu wählenden Bundesratsmitglieder freigeworden ist.

Die Sozialistische Partei Österreichs schlägt als neues Mitglied und als neues Ersatzmitglied, jedoch für die 12. Stelle, Elisabeth Dittrich beziehungsweise Landtagsabgeordnete Prof Dipl Vw Karoline Pluskal vor, wobei jene von der Sozialistischen Partei Österreichs nominierten Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder, die bisher an der vierten, sechsten, siebenten, neunten, zehnten und zwölften Stelle gereiht waren, nunmehr die dritte, vierte, sechste, siebente, neunte und zehnte Stelle einnehmen sollen.“

Der Landtag beschließt einstimmig, die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen durch Handerheben vorzunehmen.

5. (PrZ 1919, P 4) Elisabeth Dittrich wird zum Mitglied, Abg Dipl Vw Karoline Pluskal wird zum Ersatzmitglied des Bundesrats gewählt.

Nach Durchführung dieser Wahlen beschließt der Landtag folgende neue Reihung der von der Sozialistischen Partei Österreichs vorgeschlagenen Mitglieder und Ersatzmitglieder des Bundesrates:

Mitglieder

1. Stelle: Prof Dr Franz Skotton
3. Stelle: Kurt Heller
4. Stelle: Johann Schmölz

Der Schriftführer:



6. Stelle: Reinhold Suttner
7. Stelle: Dkfm Alfred Hintschig
9. Stelle: Hans Matzenauer
10. Stelle: Tibor Karny
12. Stelle: Elisabeth Dittrich

Ersatzmitglieder

1. Stelle: Amtsf StR Ing Fritz Hofmann
3. Stelle: LAbg Leopold Mayrhofer
4. Stelle: LAbg Rudolf Pöder
6. Stelle: Staatssekretär Johanna Dohnal
7. Stelle: LAbg Herbert Dinhof
9. Stelle: RegR Franz Stodola
10. Stelle: LAbg Franz Gawlik
12. Stelle: LAbg Prof Dipl Vw Karoline Pluskal

Präsident Pfoch würdigt die Leistungen von Dr Anna Demuth für das Land Wien sowie ihr erfolgreiches Wirken als Mitglied des Bundesrats und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Berichterstatter: Amtsf StR N e k u l a

6. (PrZ 1266, P 1) Der in der Beilage Nr 6 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Wiener Landarbeitsordnung geändert wird (Wiener Landarbeitsordnungsnovelle 1982), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

7. (PrZ 1583, P 2) Der in der Beilage Nr 9 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Jagdgesetz geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

Berichterstatter: Amtsf StR H a n s M a y r

8. (PrZ 1607, P 3) Der in der Beilage Nr 8 enthaltene Entwurf eines Gesetzes über die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Redner: Die Abg Kuchar, Dr Petrik und Salaberger.)

(Schluß um 12.10 Uhr.)

Der Vorsitzende:



Erster Präsident